

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: sekretariat.referenten@gs-uvek.admin.ch

Bern, 9. Oktober 2020

Vernehmlassung: Teilrevision des Postorganisationsgesetzes POG

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Ausgangslage

Die PostFinance steht aufgrund des bereits lange andauernden Negativzinsumfelds vor besonderen Herausforderungen. Die Haupteinnahmequelle der PostFinance, das Zinsdifferenzgeschäft, versiegt zusehends. Als «systemrelevante» Bank mit einem Grundversorgungsauftrag muss die PostFinance eigenverantwortlich den hohen Anforderungen im Rahmen der «Too-big-to-fail»-Vorgaben der FINMA nachkommen, was die Post und die PostFinance in eine schwierige finanzielle Lage bringt.

Mit der Teilrevision des POG schlägt der Bundesrat vor, dass es der PostFinance erlaubt werden soll, neu ebenfalls direkt Hypotheken und Kredite an Dritte zu vergeben. Nach Ansicht des Bundesrates, könnte die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots die Fähigkeit der PostFinance stärken, die regulatorischen Kapitalanforderungen aus eigener Kraft zu erfüllen. Im Zusammenhang mit der Teilrevision stehen auch eine Kapitalisierungszusicherung des Bundes und die mögliche Teilprivatisierung von PostFinance zur Debatte.

CVP kritisch gegenüber der Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots

Die CVP anerkennt, dass die PostFinance mit grossen Herausforderungen konfrontiert ist, welche Anpassungen erfordern. Die CVP steht der Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots für die PostFinance jedoch dennoch kritisch gegenüber. Bleibt die PostFinance im Besitz des Bundes, könnte die PostFinance gegenüber anderen Banken eine privilegiertere und wettbewerbsverzehrende Position im bereits stark konkurrenzierten Schweizer Kredit- und Hypothekenmarkt einnehmen.

CVP nimmt den Bund in die Pflicht, befürwortet im Grundsatz eine temporäre Kapitalzusicherung des Bundes und fordert von PostFinance eine klare Zukunftsstrategie

Die CVP setzt sich für einen starken Service public und damit auch für eine optimale, für alle zugängliche Grundversorgung ein. Sie ist der Meinung, dass die PostFinance den Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr auch in Zukunft erfüllen können muss. Sollte die PostFinance nicht in der Lage sein, die Grundversorgung eigenständig zu finanzieren, muss nach Auffassung der CVP, der Bund seine Verantwortung wahrnehmen und die Finanzierungslücken schliessen.

Um allfällige notwendige Massnahmen von Seiten der PostFinance (z.B. Erhöhung der Gebühren, Stellenabbau, Schliessung von Poststellen) im Sinne eines angemessenen Service public frühzeitig abzufedern, befürwortet die CVP daher im Grundsatz eine temporäre Kapitalisierungszusicherung des Bundes. Für die CVP ist aber offensichtlich, dass PostFinance neben Finanzierungs- wohl auch Strukturmassnahmen brauchen wird. Sie fordert deshalb von der PostFinance eine entsprechend klare Zukunftsstrategie als Entscheidungsgrundlage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz